



Verleger: Eduard Trewendt in Breslau 2. Zstr., an der
Königsplatz 114. Sgr. Sauerländerstraße für den Raum einer
unabhängigen Zeile in Beträg 1/4 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
etwas an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 280. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 19. Juni 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wesib, 18. Juni. In der heutigen Sitzung des Oberhauses betonte der Primas die Nothwendigkeit, das Land um jeden Preis mit dem Monarchen auszuföhnen und die Gesetze vom Jahre 1848 zu revidiren. Noch viele andere Redner sprachen für die Adresse mit dem ausdrücklichen Bedauern, daß Deal's Adressentwurf modificirt worden sei. 60 Redner sind noch eingeschrieben.

Paris, 17. Juni. Die „Patrie“ theilt das Ergebnis der Wahlen zu den Generalräthen mit; nach demselben seien 1000 im Sinne der Regierung ausgefallen, 12 gehören der Opposition an.

Laut eingegangenen Nachrichten aus Turin sollen österreichische Emissäre die Pulvermagazine in Brand zu stecken beabsichtigen (?), und seien deshalb Vorichtsmaßregeln getroffen worden. Die Regierung geht damit um, 24,000 Mann in der Aemilia, in Umbrien, den Marken und Sizilien auszuheben.

Wesib, 17. Juni. Im Unterhause wurde heute das mit der Verfassung der bewußten Resolution zu betrauende Comité gewählt, und am morgen eine geheime Sitzung zur Besprechung der Justiz-Organisation anberaumt.

Im Oberhause sprach Graf Joh. Esztrach für die Annahme der Adresse, unterstützt vom Baron Bela Bentheim. Bischof Haynald hielt eine effektvolle Rede, vornehmlich für die Union mit Siebenbürgen. Er hätte die Adresse lieber in ihrer ursprünglichen Form votirt. Er betont die Aufrechterhaltung des Verbandes mit Oesterreich und die Dringlichkeit der Entscheidung der wichtigsten Fragen, daher er für die Annahme der Adresse, wie sie ist, stimme. Es sprachen noch Baron Orszy Bela, Bronan Gabriel, Graf Esterhazy, Domberr Graf Forgach und Bischof Kanolder. Alle für die Adresse. Morgen Fortsetzung, ungefähr 20 Redner sind vorgemerkt.

Agram, 17. Juni. In der heutigen Landtagsitzung theilt der Abgeordnete Jivovic mit, daß in der gestern abgehaltenen geheimen Sitzung beschlossen worden sei, den Banus zu ersuchen, das Protestschreiben des Patriarchen Rajacic dahin zu beantworten, der kroatisch-slavonische Landtag habe die Erlaubnis der serbischen Nation in Kroatien und Slavonien nie gelehnt.

Hierauf Generaldebatte über die Frage der Union mit Ungarn, wobei sich mehrere Redner für den Bericht des Central-Ausschusses, andere für einzelne Abänderungen aussprachen.

Im Prinzip scheint der Landtag sich für eine bedingte Union auszusprechen zu wollen. Die Debatte wird morgen fortgesetzt. Der Beschlus-Entwurf des Central-Ausschusses enthält im Wesentlichen Folgendes: „Das dreieinige Königreich erklärt, in seinem heutigen Territorial-Umfange — einschließlich auch seiner virtualen Territorialrechte —, daß zwischen demselben und dem Königreiche Ungarn seit 1848 jeder andere Verband rechtlich aufgehört habe, ausgenommen der, daß Se. Majestät als gemeinschaftlicher König mit derselben Krone und demselben Krönungsakte gekrönt wird, und daß diesen Königreichen die bis 1847 gebrachten konstitutionellen Staats- und Grundgesetze gemeinschaftlich zuleben. Demungeachtet sei das dreieinige Königreich bereit, nach Maßgabe seiner Vortheile mit Ungarn in einen nähern staatsrechtlichen Verband zu treten, sobald letzteres dessen Selbständigkeit und Unabhängigkeit, und sein Real- und Virtual-Territorium unbedingt anerkennt, wornach ein internationaler Vertrag durch beide Landtage mittelst Deputirter von gleicher Anzahl abzuschließen wäre.“

Preußen.

Berlin, 18. Juni. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Legations-Sekretär bei der königlich schwedischen Gesandtschaft zu Paris, Due, und dem Direktor des Athenäums zu Luremburg, Professor Dr. Müller, den rothen Adlerorden dritter Klasse, dem Buchdruckereibesitzer August Wilhelm Schade zu Berlin den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Schafmeister Johann Gottfried Grabert zu Möglin im Kreise Ober-Barnim das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Appellationsgerichts-rath Sydow zum Geheimen Justiz- und vortragenden Rath im Justiz-Ministerium; und den außerordentlichen Professor Dr. Reusch zum ordentlichen Professor in der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Bonn zu ernennen. — Dem königlichen Eisenbahnbaumeister Schwedler ist die zweite Eisenbahn-Bauinspektorstelle im technischen Eisenbahn-Bureau des königl. Handels- u. Ministeriums übertragen worden. — Der praktische Arzt Dr. Bitter in Lebnin ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Zauch-Belzig ernannt worden. Der Thierarzt erster Klasse Renner zu Steinau ist zum Kreis-Thierarzt für die Kreise Steinau und Woblan im Regierungsbezirk Breslau ernannt worden. — Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Commandeur des 1. brandenburgischen Manen-Regiments (Kaiser von Rußland) Nr. 3, Oberstleutnant v. Wisleben, die Erlaubnis zur Anlegung des von den Herzogs von Braunschweig Hoheit ihm verliehenen Commandeurkreuzes zweiter Klasse des Ordens Heinrichs des Löwen, dem Major z. D. Wittje, zuletzt Hauptmann und Batterie-Chef im 3. Artillerie-Regiment, jetzigen brandenburgischen Artillerie-Brigade Nr. 3, zur Anlegung des von des Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen Durchlaucht ihm verliehenen Ehrenkreuzes zweiter Klasse, sowie dem Premier-Lieutenant von der Schulenburg vom 2. westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 15 und dem Sekonde-Lieutenant Reinhard vom 7. westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 56, zur Anlegung der von des Fürsten zu Waldeck und Pyrmont Durchlaucht ihnen verliehenen zweiten Klasse des Verdienst-Ordens für Offiziere, zu erteilen.

Berlin, 18. Juni. [Vom Hofe.] Se. k. Hoh. der Prinz Karl kam heute Vormittags zu einer Sitzung in Angelegenheiten des Johanniter-Ordens vom Schlosse Glienicke nach Berlin. — S. k. H. die Frau Landgräfin von Hessen-Philippsthal-Barchfeld, im Begriff, auf längere Zeit ihren Aufenthalt in der Schweiz zu nehmen, hat sich gestern bei den in Potsdam residirenden hohen Herrschaften verabschiedet. — Der Chef der 2. Artillerie-Inspection, General-Lieutenant v. Puttkamer, beging am Sonntag die Feier seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums. — Die Commission für die allgemeine Gewerbe- und Kunst-Ausstellung zu London war gestern Vormittags behufs ihrer Constatuirung im Handelsministerium versammelt. Se. k. H. der Kronprinz, Vorsitzender der Commission, erschien in Begleitung des Handelsministers v. d. Heydt in dieser Sitzung, begrüßte die Commissionsmitglieder in huldvollster Weise und machte ihnen die Zusage, daß er während seines mehrwöchentlichen Besuchs am englischen Hofe für die Zwecke der Commission thätig sein werde. Mit der Stellvertretung des erlauchten Vorsitzenden ist der Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Ministerial-Director Delbrück beauftragt.

Berlin, 18. Juni. [Gesp.] Ueber einen am 14. d. M. in hiesiger Stadt vorgekommenen Conflict, der bereits in der Presse besprochen ist, vernimmt die „Pr. Z.“ Folgendes: Am 14. d. M. Abends gegen 9 Uhr wurde durch einen Grenadier des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 ein seit mehreren Wochen dem Regiment derfertieter Hornist unweit der Anhalt'schen Thorwache betrogen und an die genannte Wache abgeliefert. Hierdurch entstand am Anhalt'schen Thore ein Auflauf von Menschen, die für den Deserteur

in Civilkleidern Partei ergriffen. Die qu. Wache ließ den Arrestanten zur Kaserne des 1. Bataillons Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 transportiren, bei welcher Gelegenheit sich der Volkshausen auf dem Wege nach der Kaserne unter fortwährendem Schreien und Toben beträchtlich anammelte, vor der Kaserne sich festsetzte und den Deserteur bewacht wissen wollte. Der Posten vor dem Gewehr der Kasernenwache war nicht im Stande die Volkshausen zu zerstreuen, vielmehr wurde er allseits verhöhnt. Der Lieutenant und Adjutant des 1. Bataillons, von S., ließ hierauf 20 Mann, bewaffnet mit dem Fashinmesser, heruntertreten, und der Menge durch einen Wirbel auf der Trommel das Signal geben, sich zu zerstreuen. Es war halb 10 Uhr, und anstatt daß die Volksmenge sich auseinander begab, wuchs sie in der sehr belebten Kommandanten-Straße augenscheinlich an. Als jedoch die dreimalige Aufforderung des Lieutenants v. S. zum Auseinandergehen ohne Erfolg blieb, ließ derselbe jene 20 Grenadiere die Fashinmesser ziehen und auf die Menge eindringen, wodurch auch bald die Straße gesäubert wurde. Ob und welche Verwundungen hierbei vorgekommen sind, ist bis jetzt nicht verlautbar geworden, von den Grenadiern ist keiner verletzt worden. Zwei Civilpersonen, welche sich als Haupt-Tumultuanten bemerkbar machten, sind arretirt worden und zum Polizei-Gewahrsam abgeführt.

Köln, 17. Juni. [Ankunft S. M. der Königin.] Die gestern als bevorstehend erwähnte Ankunft S. M. der Königin hier selbst erfolgte heute Morgen 8 1/2 Uhr mit dem berliner Courierzuge. Die hohe Frau, deren gutes und heiteres Aussehen vom erfreulichen Wohlsein zeugte, wurde auf dem Central-Bahnhofe von den Spitzen der Civil- und Militär-Beörden ebrfürchtvoll begrüßt, und benutzte, nachdem Allerhöchste im Prunksaale der Central-Station den Kaffee eingenommen, den um 9 Uhr abgehenden rheinischen Zug zur Weiterreise nach Koblenz. (R. 3.)

Deutschland.

Stuttgart, 15. Juni. [Die Concordats-Angelegenheit.] Die längst erwartete entscheidende Wendung in unserer Concordats-Angelegenheit ist nunmehr erfolgt. Die Regierung hat als Antwort auf den bekannten Beschluß der zweiten Kammer dem ständischen Ausschuß ein allerhöchstes Rescript zugehen lassen. Es wird darin gesagt, daß der König das Concordat überhaupt nur unter Vorbehalt der Zustimmung der Stände ratificirt habe, und heißt es dann weiter:

Mit dieser Erklärung haben Wir Unsern Ständen von selbst auch die vollkommene Freiheit geliebt, ihre Zustimmung zu den fraglichen Punkten oder auch schon ein Eingehen auf die bezüglichen Gesetzentwürfe an die Bedingung zu knüpfen, daß der gesammte durch die Convention zu bewirkende Rechtszustand nicht durch eine vertragsmäßige Schranke umgrenzt sei, daß mithin vorher der Vertragscharakter im Ganzen beseitigt werde. Angeht das Rescript der Kammer der Abgeordneten vom 16. März l. J. können Wir nun über die diesfällige Absicht derselben nicht im Zweifel sein. Da aber die Convention ihrer Form nach als ein Ganzes verabredet worden ist, da, was deren Inhalt betrifft, die Bestimmungen der Convention, welche der Gesetgebung anheimfallen, und in welche Wir, wie bemerkt, ausdrücklich nur mit dem Vorbehalt und unter der Bedingung der ständischen Zustimmung eingewilligt haben, weitaus die wichtigsten sind; da eben deshalb ohne gleichzeitige gesetzliche Regelung der Punkte, auf welche diese Bestimmungen sich beziehen, die vorliegende Angelegenheit überhaupt in befriedigender Weise nicht zu ordnen ist, so müssen Wir, nachdem die Kammer der Abgeordneten so entschieden ausgesprochen hat, daß sie auf keine in Ausführung einer bindenden Uebereinkunft mit der römischen Curie an sie gelangende Gesetzentwürfe eingehen werde, den abgeschlossenen Vertrag als solchen überhaupt als gescheitert betrachten und können demselben daher auch Unsererseits eine rechtliche Verbindlichkeit nicht mehr zuerkennen. In Folge dessen haben Wir den am Schlusse Unserer Verordnung vom 21. December 1857 Unsern Ministerien erteilten Auftrag, zu Vollziehung der Vereinbarung das Erforderliche einzuleiten und anzuordnen, außer Wirkung gesetzt, ferner den Ministerien der Justiz, des Innern, des Kirchen- und Schulwesens den mit Bezugnahme auf jenes Uebereinkommen und auf Unsere angeführte Verordnung am 26. Februar d. J. dem ständischen Ausschuß übergebenen Gesetzentwurf zurückzuziehen bezogen und zugleich das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens beauftragt, gemeinschaftlich mit den übrigen beteiligten Ministerien zu näherer Regelung der Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Unserem Königreiche einen neuen selbständigen und umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen, bei dessen Einbringung Wir auch über die im Wege der Verordnung zu erlassenden Bestimmungen auch näheren Aufschluß werden erteilen lassen. Was den Inhalt jenes neuen Gesetzentwurfs betrifft, so ist es Unsere Absicht, daß die Regelung der einschlägigen Verhältnisse nach Maßgabe der in der früheren Convention enthaltenen Directiven herbeizuführen gesucht, und daß insbesondere der Rechte und Interessen des Staates und der in demselben befindlichen anderen Confessionen der materielle Inhalt jener Convention der beabsichtigten neuen Staatsgesetzgebung zu Grunde gelegt werde. In das zu erlassende Gesetz sind Wir übrigens bereit, eine ausdrückliche Erklärung in der Richtung niederzulegen, daß in Folge des oben erwähnten Kammerbeschlusses der mit der römischen Curie abgeschlossenen Uebereinkunft eine rechtlich verbindende Kraft nicht zukomme, und daß für die einschlägigen Verhältnisse nur das betreffende Gesetz nebst den dazu gehörigen Verordnungen die Rechtsquelle bilde. Auch versteht es sich nach dem Angeführten von selbst, daß dem zu erlassenden Gesetz, so wie den betreffenden Verordnungen und Verfügungen keine andere rechtliche Natur zukommen kann, als jedem andern Gesetze, beziehungsweise jeder andern Verordnung oder Verfügung. Anlangend endlich die in Folge der Convention bereits ergangenen Verfügungen, welche nun allerdings nicht mehr als in Vollziehung eines Vertrages erlassen betrachtet werden können, so behalten Wir Uns vor, dieselben nach erfolgter ständischer Beratung jenes Gesetzentwurfes der erforderlichen Revision zu unterziehen. Ueber alles Vorstehende haben Wir diejenige Mittheilung an die römische Curie zu deren Kenntnißnahme gerichtet, welche auch durch Unsere Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Kirchen- und Schulwesens in Abschrift mitgetheilt werden wird. In dem Wir auch hiermit Gegenwärtiges gnädigst eröffnen, überlassen Wir Uns, be rechtigt hierzu auch durch mehrfache Aeußerungen in der Kammer der Abgeordneten, gern der Hoffnung, daß auf dem nunmehr zu betretenden Wege eine gezielte Lösung der vorliegenden, für das Wohl Unseres Landes so wichtigen Angelegenheit werde erzielt werden. Wir verbleiben zc. Wilhelm.

Oesterreich.

Wien, 14. Juni. Die in einer Mittheilung aus bewährter Quelle vertrauen, so ist die Nachricht eines brüsseler Blattes, daß Louis Napoleon das Königreich Italien anzuernennen, zugleich aber die Occupation Rom's fortzusetzen zu lassen, im Begriff stehe, nicht so aufzufassen, wie sie allgemein aufgefaßt wird. Wie wir nämlich berichtet werden, beschränkt sich die Eröffnung, welche Herr von Roustier dem Grafen Rechberg gemacht hat, darauf, daß Frankreich durch die thatsächliche Gestalt, welche die Verhältnisse Italiens angenommen haben, sich bestimmt sehe, die formell unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zu Piemont wieder herzustellen, womit die kaiserlich-französische Regierung der Lösung der italienischen Frage nach ihrem europäischen Charakter nicht vorzugreifen gemeint sei. Daraus folgert denn Frankreich, daß die Stellung, welche die päpstliche Regierung in dem factisch ungestalteten Italien einnehme,

durch die Anerkennung des gegenwärtigen thatsächlichen Zustandes der Halbinsel nicht berührt werde. Frankreich erklärt denn auch bei dieser Veranlassung, daß es fortfahren werde, dem Papste in seiner Person und seiner Autorität den bisher gewährten Schutz zu leisten. Diese Eröffnung, wie ausdrücklich betont wird, sei gemacht worden, um eine Meinungsäußerung des diesseitigen Cabinets über den von Frankreich beabsichtigten Schritt herbeizuführen. Graf Rechberg begnügt sich, wie man versichert, seinen Dank für die freimüthige Mittheilung auszusprechen, im Uebrigen aber auf die längst bekannte Auffassung, welche Oesterreich über die piemontesischen Annexionen habe, hinzuweisen. — Es heißt, der Kaiser werde die Adresse des ungarischen Landtags mit einem Manifest an die Völker Oesterreichs beantworten. (B.-u.-H.-Z.)

[Oesterreichs Finanz-Maßregeln.] Man schreibt der „R. Z.“ aus Wien unter dem 14. Juni: „Es handelt sich bei der erwarteten Wiener'schen Finanz-Operation durchaus nicht, wie vielseitig angenommen wird, um eine Regelung des österreichischen Staatsschuldenwesens im Allgemeinen, sondern einfach um eine Feststellung des Verhältnisses der National-Bank zur Finanz-Verwaltung. In dieser Voraussetzung geht nun der Finanz-Minister im künftigen Monat den Bank-Anschluß einzuberufen, um diese außerordentliche Versammlung, wie ich höre, aus den Reihen der Bank-Actionäre durch Teilnehmer mit Sitz und Stimme bis zur Höhe von 150 bis 200 Anwesenden verstärken zu lassen, von deren Einsicht und Patriotismus erwartet wird, daß sie nothwendigen Maßregeln, aus deren Vollzug weder der Staat noch die Bank-Actionäre, sondern nur das große Publikum Nutzen ziehen soll, keine Schwierigkeiten bereiten werden, indem es festzusetzen scheint, daß der Finanzminister die Annahme seines Planes von Seiten der Bank in seinen prinzipiellen Hauptumriffen als Conditio sine qua non der Verlängerung des Bank-Privilegiums hinstellen will. Was nun die Bank-Reform anbelangt, so denkt der Minister, die zur Zeit bestehende Bank-Direction in drei von einander scharf getrennte Haupt-Verwaltungszweige zu scheiden, und zwar in eine Zettelbank, in eine Leih- und Es-compte-Bank und schließlich in eine Hypothek-Bank. Die Staatsverwaltung würde sich jedes Einflusses auf die Geschäftsabwicklung und auf die Ernennung der mit der Leitung dieser drei Geschäftszweige der Bank betrauten Persönlichkeiten ergeben, und letztere aus der freien Wahl des Bank-Ausschusses hervorgehen, wobei diesem auch noch das Recht eingeräumt würde, die Bank-Gouverneurs-Stelle selbst einer außerhalb des Kreises des Bank-Ausschusses lebenden Persönlichkeit zu verleihen. Zur Leitung des wichtigsten Geschäftszweiges, der Zettelbank, wird eine auf drei Jahre gewählte, aus sechs Personen bestehende Direction zusammengekehrt, deren Präsident der Bank-Gouverneur ist; zu den übrigen fünf Mitgliedern werden vom Bank-Ausschusse zwei, eben so viele vom Abgeordneten- und eine Persönlichkeit vom Herrenhause des Reichsrathes auf die oben erwähnte Zeit gewählt, die nach Ablauf der Functionsdauer austreten, aber wieder wählbar sind. Nichtsdestoweniger der Leih- und Es-compte, so wie der Hypothek-Bank, deren Geschäfte mehr privatrechtlicher Natur sind, findet in Bezug auf letztere die wesentliche Modification statt, daß im Wechsel-Censur-Comité kein landesfürstlicher Commissar, wie bisher, sitzen wird, sondern die Annahme oder Zurückweisung der eingereichten Wechsel ausschließlich dem vom Ausschusse gewählten Comité anheimgestellt bleibt. Nicht minder wichtig als diese auf eine theilweise Abänderung der Statuten der Bank hinzuliegenden Reformen sind die Entschlüsse des Finanzministers über die Schuld des Staates an die Bank. Derselbe beträgt bekanntlich in runder Summe:

ältere verzinsliche Staatsschuld	44 Mill. Fl.
für verpfändete Staatsgüter	91 „
1859er Kriegsanlehen	99 „
auf das unbezogene englische Anlehen	30 „
Von dieser Schuld tilgt sich durch seit dem Jahre 1818 fortgesetzte jährliche Verloosung	
weiter übernimmt der Staat wieder in eigene Rechnung an Noten zu 1 u. 5 Fl.	100 = 144 „

Nach deren Abzug die ganze Schuld des Staates an die Bank auf eine dem jetzigen Bank-Vaarvorrathe beinahe ganz gleiche Summe von 120 Mill. Fl. reducirt wird. Dieser Betrag soll, analog dem in einem ähnlichen Falle der englischen Regierung und der Bank von England getroffenen Uebereinkommen, fortan als eine stabile unverzinsliche Staatsschuld an die Bank angesehen werden und gleichsam das Aequivalent bilden, das die Bank für die Erneuerung ihres Privilegiums dem Staate zu bringen hätte. Ein faurer Ansel zwar, in den sie sich jedoch eher zu beissen, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu liquidiren entschließen dürfte, was bei der großen Menge der mit ca. 474 Millionen circulirenden Noten eine schwierige Aufgabe wäre. Diese Masse Papiergeld in einer den Verkehr nicht störenden Weise auf den unumgänglich fructlosen Bedarf zurückzuführen und das leidige Agio wo möglich ganz verschwinden zu machen, bildet den letzten Theil der ministeriellen Vorlage, welche gar keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß der Minister energisch in unsere zerrütteten Geldverhältnisse einzugreifen Willens ist. Demnach soll die Bank verhalten werden, von ihrem ca. 90 Millionen in Silber und 30 Millionen in Südbahn-Maten betragenden Vaarvorrathe die Hälfte mit 60 Millionen und dazu von den ihr zur Dedung bei mehreren früheren Gelegenheiten gegebenen Staatsschuld-Berschreibungen bis zur Höhe von 150 Millionen zu verkaufen, die dafür eingegangenen Noten nicht mehr auszugeben, sondern unter Staats-aufsicht vertilgen zu lassen. Die der Bank zur Last fallenden Staatsgüter, deren Administration derselben keinen wie immer gearteten Vortheil gewährt, werden vom Staate in eigne Regie wieder übernommen, wogegen sich der Staat verpflichtet, die auf Grundlage dieses Immobilien-Besizes von der Bank emittirten 100 Millionen Gulden in Noten zu 1 und 5 Fl. selbst in der kürzesten Frist einzulösen. Dagegen würde der Staat, um die unlaufenden Papier-Geldscheine mit dem Bedarf danach so ziemlich au niveau zu halten, 60 Millionen in Reichsnoten, jedoch nicht in kleineren Apoints als zu 100 Fl., emittiren, die nur im Wege der Einwechslung durch die Bank in Umlauf gebracht werden dürften. Nach dieser Operation, welche jedenfalls eine momentane Geld- und Baarentkräft nach sich ziehen würde und den Uebelstand eines zweifachen Papiergeldes, Bank- und Reichsnoten, im Gefolge hätte, über deren gegenseitigen Werth sich noch kein Urtheil abgeben läßt, würde sich somit unsere Papiergeld-Circulation, wie folgt, herausstellen:

an Banknoten für die stabile Staatsschuld	120 Millionen,
in 1- und 5-Fl.-Noten, vom Staate übernommen	100 „
an Reichsnoten	60 „
Summa 280 Millionen,	
wofür 60 Mill. in Silber den Vaarvorrath der Bank bilden würden.“	

Italien.

Turin. [Die Antrittsrede Ricasoli's.] Die Rede, mit welcher der Minister-Präsident Baron Ricasoli am 12. Juni die Bildung seines Ministeriums der Deputirtenkammer anzeigte, lautet der „Stalia“ zufolge wörtlich: „Meine Herren Deputirten! Berufen durch das Vertrauen des Königs, in der Regierung des Staates dem berühmten Manne nachzufolgen, welchen ein vorzeitiger Tod Europa entriß, zum großen Nachtheil und zum großen Unglück Italiens, sind wir weit mehr dem Gefühl der Pflicht als dem Vertrauen in unsere Kräfte gefolgt. Aber bei dem unermeßlichen Unglück, das uns betroffen hat, stehen wir nicht an, zu versichern, daß Niemand unter der Wucht des Schmerzes gebeugt ist, daß Niemand an den Geschicken des Vaterlandes gezweifelt hat. Nein, meine Herren, das ausgeübte Projekt dieses großen Staatsmannes ist nicht mit ihm untergegangen; als er in das Grab stieg, war dieses Projekt die Seele und das Leben einer ganzen Nation geworden. (Bravo.) Jetzt wird es unsere Aufgabe sein, dieses Werk fortzusetzen, das bereits mit einer so weisen Rahnheit seinem Ziele so nahe geführt worden ist. Gegenüber Europa müssen wir aufrecht halten und verteidigen das

